



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 27.11.2018**

***öffentlich***

---

**Ort:** im Stadthaus  
Wappensaal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:58 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für
Frau Dr. Wünschler	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähnig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Prof. Dorothea Vent	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Gernot Nette	AfD Stadtratsfraktion Halle
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner
Willi Preuk	Stadtschülerrat
Sven Pringal	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin
Herr Michael Woyde	Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung:**

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Markus Petzold	Schulnetzplaner
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales
Dr. Christine Radig	Abteilungsleiterin Schule
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
----------------------	---

## zu Einwohnerfragestunde

---

**Frau Uhlig** fragte, ob den Mitgliedern des Ausschusses bekannt ist, dass die sich derzeit im Ausbau befindlichen Räume im Dachgeschoss der Grundschule Büschdorf mit 40qm zu klein sind, um sie als Unterrichtsräume zu nutzen. Leider sind ebenso keine Räume für die Unterrichtsmaterialien vorhanden, sodass diese in den Räumen lagern. Des Weiteren fehlt ein Garderobenraum, da auf den Fluren nur 100 Jacken hängen dürfen.

**Frau Brederlow** antwortete, dass es dazu morgen einen Termin geben wird und die Stellungnahme den Stadträten vorliegt.

**Herr Petermann** fragte, ob es Absprachen zwischen dem Landesschulamt und der Stadtverwaltung Halle gibt bezüglich einer Standorterhaltung für die Schule des 2. Bildungswegs, in dem es zu einer Zusammenlegung mit einer anderen Schule kommt oder eine Standorterhaltung als eigenständige Schule. Er fragte außerdem, warum die Stadt mit einer linearen Trendschätzung arbeitet und ob es nicht systematisch Schätzungsfehler erzeuge.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Stadt die Schule eigenständig erhalten möchte, in Abhängigkeit von der Schülerzahlen Entwicklung.

**Herr Petzold** sagte, dass er darum bittet ein Berechnungsmodell als Vorschlag zu übermitteln. Dies würde er sich anschauen und das Verfahren ggf. überarbeiten..

**Herr Slowig** sprach im Auftrag von Frau Dr. Hartmann und fragte, wie die Unterstützung des Schülerforschungszentrums aussehen soll.

**Frau Brederlow** antwortete, dass die Änderungsanträge nächste Woche in der Sondersitzung des Finanzausschusses behandelt werden.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Frau Ranft** stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Ranft** informierte die Mitglieder über eine Dringlichkeit **Schülerbeförderungsvertrag Vorlage: VI/2018/04416**. **Frau Dr. Radig** gab die Begründung für die Dringlichkeit.

**Frau Ranft** bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **zugestimmt mit 2/3 Mehrheit**

**Frau Ranft** informierte die Mitglieder darüber, dass die Niederschrift vertagt wird und bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.10.2018 **vertagt**
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24  
Vorlage: VI/2018/03930
  - 4.2. Schülerbeförderungsvertrag  
Vorlage: VI/2018/04416
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Prioritätenliste von Schulen und Kitas
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**zu 4      Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1      Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24**  
**Vorlage: VI/2018/03930**

---

**zu 4.1.1      Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschlussvorlage - Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 - Vorlagen-Nr.: VI/2018/03930**  
**Vorlage: VI/2018/04657**

---

**Herr Schiedung** fragte, warum das Angebot vom Thomas-Münzer-Gymnasium, alle zwei Jahre eine zusätzliche Klasse aufzunehmen, nicht angenommen wird, da dadurch das Herder Gymnasium stark entlastet werden könnte.

Er fragte weiter, welche Baumaßnahmen am Georg-Cantor-Gymnasium geplant sind. **Herr Schiedung** sagte, dass er die Möglichkeit der Aufstellung von Klassenraummodulen an der Grundschule Büschdorf als Option vermisst.

**Herr Petzold** antwortete, dass es keine andere Standardfestlegung für die Zügigkeit der beiden Schulen geben darf. Für jedes Jahr kann neu geschaut werden und etwaige Festlegungen getroffen werden, aber in der Schulentwicklungsplanung geht dies nach den Vorgaben nicht. Des Weiteren müssen die einzelnen Schulkonzepte berücksichtigt werden. Anhand der Schülerzahlen und Raumbedarfe am Georg Cantor Gymnasium ist eine bauliche Erweiterung längerfristig notwendig. Es steht jedoch nichts konkret fest und ist als Prüfauftrag an die Verwaltung formuliert.

**Herr Schiedung** fragte, ob bei der Schule des zweiten Bildungswegs eine andere Trendschätzung sinnvoller gewesen wäre.

**Herr Petzold** sagte, dass er den Berechnungsvorschlag der Schule nochmal prüft und betrachtet.

**Herr Lange** fragte zur Grundschule Büschdorf, wie der Zustand des Geländes Kanena ist und ob dieses genutzt werden kann. Er fragte, ob man die Schule in Reideburg noch stärker nutzen kann. Er bat darum, dass sich die Verwaltung die Schülerströme aus dem Osten Halles anzuschauen um Überlegungen zu treffen, eine weiterführende Schule in diesem Bereich zu eröffnen.

**Frau Brederlow** sagte, dass diese Themen in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung besprochen werden sollten. Sie sagte, dass die Schule in Kanena der Stadtverwaltung nicht mehr gehört. Die Schule in Reideburg wurde geprüft in Hinblick auf die Schulbezirke, jedoch hat dies keinen positiven Effekt und verlängert nur unnötig die Schulwege.

**Frau Ranft** fragte, warum in der Schulentwicklungsplanung der aufgezeigte Bedarf im Bebauungsplan der Muldestraße nicht berücksichtigt wurde, wenn doch dort ein so starker Bedarf vorliegt.

**Herr Petzold** antwortete, dass die Information zur Muldestraße erst weit nach der erstellten Schulentwicklungsplanung entstanden ist und in der Arbeitsgruppe besprochen werden muss.

**Frau Ranft** fragte, ob wir über eine Million Euro für Modulbauweise ausgeben.

**Frau Brederlow** sagte, dass der Bedarf so hoch ist und einige Schulen zusätzliche Räume benötigen.

**Herr Schachtschneider** fragte, ob die Modulbauweise in Büschdorf nur zeitweilig sein soll oder, ob ein Festanbau eine bessere Lösung wäre, wenn diese länger gebraucht werden.

**Frau Brederlow** antwortete, dass die Räume dringend benötigt werden. Bezüglich fester Räume muss nächstes Jahr nochmal gesprochen werden.

**Herr Schachtschneider** fragte zu Punkt 2.9, ob die Entscheidung zur Schulform ergebnisoffen bleiben kann.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Schulentwicklungsplanung immer überarbeitet werden kann.

**Herr Petzold** sagte, dass das Landesschulamt eine konkrete Planung möchte. Er sagte,

dass ein Passus aufgenommen werden kann, der besagt, dass über die konkrete Schulform der Stadtrat per Beschluss beschließt.

**Herr Lange** sagte, dass Änderungen der Schulentwicklungsplanung bei Veränderungen möglich sind und demzufolge ein solcher Passus unnötig ist.

**Herr Schachtschneider** stellte einen Änderungsantrag.

**Herr Senger** sagte, dass er bei einem Gespräch mit dem Minister gefragt hat, was zukünftig mit den Raumfaktoren geplant ist. Die Antwort des Ministers war Unverständnis gegenüber der Anwendung der Schulbaurichtlinie aus 1994 durch die Kommune, da diese nicht mehr gültig ist. Seiner Ansicht nach sollten Räume so geplant und gebaut werden, dass die Schule auch zukünftigen Anforderungen entspricht.

**Herr Marquardt** sagte, dass nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden sollte, dass die Kinder in Heide Süd auf Schulen in freier Trägerschaft gehen. Dies kann nicht pauschal angenommen werden und es sollte geschaut werden, ob der Bedarf einer Grundschule besteht.

**Herr Petzold** sagte, dass die freien Schulen in der Schulentwicklungsplanung mehr mit berücksichtigt werden wollen. Es wird darauf geachtet, dass der Aufwuchs an Schülerinnen und Schülern nicht automatisch den freien Schulen zugeordnet wird.

Er sagte, dass der Grund für die Berechnung folgender ist, dass durchschnittlich nur 72 % der in dem Schulbezirk wohnenden Kinder in die Grundschule Am Heiderand gehen, die übrigen 28 % verteilen sich vermutlich auf Förderschulen, Schulen in freier Trägerschaft, Grundschulen aus anderen Schulbezirken oder Grundschulen außerhalb von Halle. Dies kann aber nicht nachgezeichnet werden, denn dazu liegen keine Daten vorl.

**Herr Raue** fragte, wie die Brennpunktsituation der Grundschule Kastanienallee aufgelöst werden soll. Wie sind die Planungen, um den sehr hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund zu senken.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Schulbezirke bleiben werden, da kurze Schulwege garantiert werden sollen. Eine Unterstützung der Schule in Form von Schulsozialarbeitern und eventuellen Ganztagsangeboten ist gerade in der Prüfung. Des Weiteren muss bereits im Kindergarten angefangen werden, dass die Kinder ausreichend Deutsch lernen.

**Herr Schiedung** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

**Frau Ranft** bat um Abstimmung des GO Antrags

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Frau Ranft** bat um Abstimmung.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschlussvorlage - Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 - Vorlagen-Nr.: VI/2018/03930  
Vorlage: VI/2018/04657**

---

**Abstimmungsergebnis SKE:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis SR:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Punkt 2.9 wird wie folgt ergänzt:

**Der Stadtrat entscheidet über die endgültige Schulform bis 2022.**

**zu 4.1 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24  
Vorlage: VI/2018/03930**

---

**Abstimmungsergebnis SKE:** **einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis SR:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss den Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 (Anlage 1) fest.
2. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des festgestellten Schulentwicklungsplanes und des darin ausgewiesenen Bedarfes an Beschulungskapazitäten in den einzelnen Schulformen für den Planungszeitraum folgende Maßnahmen:
  - 2.1 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung der Grundschule Schimmelstraße am Standort Schimmelstraße 13-15, 06108 Halle (Saale) zum Schuljahr 2023/24 und die damit verbundenen Schulbezirksveränderungen der Grundschulen „Albrecht Dürer“, „August Hermann Francke“, Glaucha, „Gotthold Ephraim Lessing“, „Karl Friedrich Friesen“ und Neumarkt
  - 2.2 die Prüfung von befristeten Schulbezirksveränderungen für die Grundschulen „August Hermann Francke“, Dörlau, „Karl Friedrich Friesen“ und „Ulrich von Hutten“ ab dem Schuljahr 2020/21
  - 2.3 die Prüfung von Möglichkeiten zur räumlichen Entlastung der Grundschulen Johannesschule und „Ulrich von Hutten“ sowie des Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasiums, des Georg-Cantor-Gymnasiums und der Sprachheilschule Halle bis zum 31.12.2019 und die Aufnahme der Prüfergebnisse in die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
  - 2.4 Schulbezirksveränderungen für die Grundschulen Friedensschule, Kanena/Reideburg, Nietleben, Radewell, „Wolfgang Borchert“ ab dem Schuljahr 2019/20 und deren Beschluss im Rahmen einer Änderungssatzung der Schulbezirkssatzung

- 2.5 die Nutzung des Vorderhauses am Standort Regensburger Straße 35, 06132 Halle (Saale) durch die Sekundarschule Halle-Süd nach Beendigung der Nutzung als Ausweichstandort zur Beschulung der Schülerinnen und Schüler des Produktiven Lernens
- 2.6 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung der Sekundarschule Ottostraße am Standort Ottostraße 25, 06130 Halle (Saale) zum Schuljahr 2023/24 bzw. spätestens nach Beendigung der Nutzung als Ausweichstandort und den damit verbundenen Schulbezirksveränderungen
- 2.7 die Prüfung von Möglichkeiten zur räumlichen Entlastung der Sekundarschule „Johann Christian Reil“
- 2.8 die Schaffung von Bedingungen zur räumlichen Entlastung des Christian-Wolff-Gymnasiums durch den Bau eines Multifunktionsgebäudes am Campus Kastanienallee
- 2.9 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung der Integrierten Gesamtschule am Holzplatz zum Schuljahr 2023/24 bzw. spätestens nach Beendigung der Nutzung als Ausweichstandort
- 2.10 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung einer vierten Förderschule für Geistigbehinderte am Standort Ludwig-Bethke-Straße 11/12, 06132 Halle (Saale)

#### **zu 4.2 Schülerbeförderungsvertrag Vorlage: VI/2018/04416**

---

**Frau Ranft** beantragte Rederecht für Herrn Völker. Es gab keine Einwände.

**Frau Dr. Radig** brachte die Beschlussvorlage ein.

Herr Raue sprach sich positiv für den Vertrag aus.

Ebenso sprach sich **Herr Slowig** positiv für den Vertrag und fragte, ob eine Erweiterung des Vertrags möglich ist. Er fragte weiter, wie sich der Kostenaufwuchs zusammensetzt. Handelt es sich um Tarifanpassungen oder um Erhöhungen aufgrund von gestiegenen Schülerzahlen.

**Frau Dr. Radig** antwortete, dass der Kostenaufwuchs sowohl eine höhere Schülerzahl als auch Anpassungen in der Tarifentwicklung beinhaltet. Eine künftige Vertragsänderung oder die Kündigung aus wichtigem Grund auf Grund von Änderungen im Kontext kostenloser Schülerverkehr sind möglich und mit der HAVAG Konsens.

**Herr Schiedung** sagte, dass es schade ist, dass die Klassenfahrkarten nicht am Wochenende gültig sind. Leider fallen auch immer noch Bearbeitungsgebühren an, wenn die Karten von den Schülern nicht mitgeführt werden.

**Herr Lange** sagte, dass gerade am Wochenende die Klassenfahrkarte zum Beispiel für die MINT-Messe benötigt werden würde. Er fragte, welche Lösungen dafür angeboten werden können.

**Herr Völker** sagte, dass für den Zeitraum der MINT-Messe eine Sonderregelung für die Klassenfahrkarten getroffen werden kann. Er sagte, dass die Karten für Exkursionen während der Schulzeit dienen sollen.

**Herr Senger** sagte, dass die Schüler oft zum Tag der offenen Tür an einem Samstag anwesend sein müssen, da es sich dabei um eine Pflichtveranstaltung handelt, ihre Fahrkarte jedoch nicht gilt. Er bat darum, dass dahingegen der Vertrag nochmals nachgebessert wird und für solche Tage die Fahrkarte auch am Wochenende Gültigkeit erhält.

**Herr Slowig** und Herr Scherer sprachen sich ebenso für die Gültigkeit der Klassenkarte am Wochenende aus.

**Frau Seidel-Jähni** fragte, ob nach einer abschließenden Klärung der Thematik, ein Ergänzungsvertrag abgeschlossen werden kann.

**Herr Lange** bat darum die Bedarfe bei den Schulen abzufragen.

**Frau Stahs** sagte, dass sie es nicht kennt, dass ein Tag der offenen Tür eine Pflichtveranstaltung ist. Es müsste ansonsten an einem anderen Tag Unterricht ausfallen.

**Herr Völker** sagte, dass dies nochmals besprochen werden muss und eine Lösung gefunden wird.

**Abstimmungsergebnis SKE:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister den Vertrag zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale) (Anlage) mit einem Gesamtwertumfang von 12.376.680,00 € zu unterzeichnen.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Anträge von Stadträten und Fraktionen lagen nicht vor.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten und Fraktionen lagen nicht vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

## zu 7.1      **Prioritätenliste von Schulen und Kitas**

---

**Herr Ruffert** sagte, dass die Prioritätenliste noch in der Erarbeitung ist und erst im Bildungsausschuss Februar 2019 vorliegen wird.

## zu 8            **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### zu 8.1        **Herr Kneissl zum Besuch der Chance Messe**

---

**Herr Kneissl** fragte, warum die Anmietung der Busse für den Besuch der Chance Messe nicht mehr möglich ist. Er fragte weiter, ob davon noch andere Schulen betroffen sind. Er sagte, dass die Messe dann nicht mehr mit 250 Schülern wie bisher besucht werden kann, da dies technisch und logistisch nicht möglich ist.

**Frau Dr. Radig** antwortete, dass zwei Schulen betroffen sind. Die Gründe für die Ablehnung sind wirtschaftliche, da die Kosten für die Busse sehr hoch sind und die Menge der Busse in der verfügbaren Zeit kaum zu organisieren sind. Sie sagte, dass die anderen Schulen auch auf anderem Wege die Messe besuchen.

**Herr Senger** machte den Vorschlag die Agentur für Arbeit mit einzubeziehen, da diese solche Vorhaben, in Bezug der Berufsorientierung, oft unterstützen.

### zu 8.2        **Herr Senger zur Schulentwicklungsplanung**

---

**Herr Senger** fragte zur Schulentwicklungsplanung, ob es bereits Stellungnahmen der freien Träger gibt bezüglich der erhöhten Kapazitäten.

**Herr Petzold**, sagte, dass die Verwaltung noch nicht in Kontakt mit den freien Trägern getreten ist, da dies erfolgt, wenn die konkrete Situation es hergibt oder wenn die Überarbeitung des Verfahrens der Schulentwicklungsplanung erfolgt.

**Herr Senger** sagte, dass in der Schulentwicklungsplanung mit solchen Kapazitäten geplant wird. Er fragte, auf welcher Grundlage die erhöhten Kapazitäten bei den freien Trägern basieren.

**Herr Petzold** sagte, dass es sich um einen Fehler handelt und dies bei der nächsten Erstellung mit berücksichtigt wird.

### zu 8.3        **Herr Senger zur Absicherung des Geländes an der Hans-Christian-Andersen Grundschule**

---

**Herr Senger** fragte, wie der für die Modulbauweise geplante Bereich an der Hans-Christian-Andersen Grundschule abgesichert werden soll, dass dies nur für den Schulbetrieb zugänglich ist.

**Frau Dr. Radig** antwortete, dass an dieser Stelle ein Zaun errichtet werden soll und die Parkplätze dann wegfallen.

#### **zu 8.4 Herr Schiedung zum Umzug des Südstadtgymnasiums**

---

**Herr Schiedung** fragte nach dem Stand des Umzuges des Gymnasiums Südstadt während der Sanierungsphase.

**Frau Brederlow** sagte, dass dazu Anfang Januar Gespräche mit den betroffenen Schulleitern stattfinden.

#### **zu 8.5 Herr Lange zur Rosa Luxemburg Grundschule**

---

**Herr Lange** fragte zur IT Verkabelung an der Rosa Luxemburg Grundschule, ob die Laptops nun genutzt werden können.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.6 Herr Raue zu Schülerkostensätzen**

---

**Herr Raue** fragte, was sich hinter den Schülerkostensätzen verbirgt und warum es für Schüler mit Migrationshintergrund höhere Schülerkostensätze gibt.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass im Haushaltsplan eine Erklärung zu den Schülerkostensätzen ist. Der Aufwand für Unterrichtsmittel ist von Schulform zu Schulform unterschiedlich. Kinder mit Migrationshintergrund brauchen oft speziellere Lernmittel und dafür dient der erhöhte Satz.

#### **zu 9 Anregungen**

---

##### **zu 9.1 Herr Schachtschneider zu Übergriffen an Schulen**

---

**Herr Schachtschneider** sagte, dass er es ungünstig findet, von Übergriffen auf Lehrpersonal an einer Halleschen Schule durch die Presse zu erfahren. Er regte an bei solchen Vorfällen alle Informationen weiterzugeben.

**Frau Brederlow** sagte, dass solche Informationen nicht immer vom Landesschulamt weitergegeben werden und aus diesem Grund dann auch durch die Verwaltung nicht informiert werden kann.

**Herr Kneissl** sagte, dass dem Landesschulamt der Vorfall gemeldet wurde und in dem Artikel in der MZ alles sachlich und korrekt dargestellt wurde.

#### **zu 9.2 Herr Raue zu Begriffsbestimmungen**

---

**Herr Raue** bemerkte, dass der Begriff Rassismus unterschiedliche persönliche Auffassungsmerkmale aufweist und bat um neutrale Behandlung. Des Weiteren wies er jegliche rassistische Äußerung von sich.

#### **zu 9.2 Herr Schiedung zu Auswärtssitzungen**

---

**Herr Schiedung** regte den Besuch eines externen Schulstandortes im Rahmen der Bildungsausschusssitzung an. Er schlug die Schule am Ludwigsfeld dafür vor.

**Frau Ranft** beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

Melanie Ranft  
Ausschussvorsitzende

---

Jenny Falke  
stellv. Protokollführerin